



Antrag

der Fraktion der FDP

Die Bundeswehr in Schleswig-Holstein stärken

Der Landtag wolle beschließen:

Die Bundeswehr ist ein elementarer Bestandteil der Bundesrepublik Deutschland und unserem Bundesland besonders verbunden. Der Landtag steht an der Seite der Soldatinnen und Soldaten, die eine bedeutsame gesellschaftliche Aufgabe wahrnehmen. Zur Stärkung der Anerkennung und des Rückhalts der Bundeswehr in der Gesellschaft ist eine transparente Aufklärung über die Tätigkeiten der Bundeswehr dringend geboten. Der Landtag unterstützt daher die verschiedenen Möglichkeiten der Öffentlichkeitsarbeit der Bundeswehr, wozu auch explizit die Präsenz von Jugendoffizieren in Schulen zählt.

Der Landtag begrüßt und unterstützt die Einrichtung des Sondervermögens zur Stärkung der Bundeswehr, um dadurch die Ausrüstung schnellstmöglich deutlich zu verbessern und die Einsatzfähigkeit der Bundeswehr zum Zweck der militärischen Abschreckung herzustellen. Das Beschaffungswesen der Bundeswehr muss hierfür effizienter gestaltet und auch rechtlich vereinfacht werden. Der Landtag fordert die Landesregierung auf, die Bundesregierung bei der Umsetzung zu unterstützen und sich auf der Bundesebene dafür einzusetzen, dass die in Schleswig-Holstein ansässige Wehrtechnikindustrie an der dringend notwendigen besseren Ausrüstung der Bundeswehr maßgeblich beteiligt wird.

Eine angemessene Ausstattung der Bundeswehr ist für die Sicherheit Deutschlands und im Rahmen der Bündnispartnerschaften vor allem auch für unsere osteuropäischen Partner und die Verteidigung der europäischen Friedensordnung essentiell. Die aktuelle Rechtslage führt allerdings dazu, dass die Unternehmen der Verteidigungs- und Sicherheitstechnologie vermehrt vor Finanzierungsproblemen stehen, da Banken und sonstige Kapitalgeber nicht mehr bereit sind, in die

entsprechenden Unternehmen zu investieren. Gerade die mittelständischen Unternehmen der Wehrtechnik sind davon besonders betroffen. Der Landtag begrüßt daher, dass Wehrtechnik und Rüstungsgüter in den Entwürfen der EU-Kommission zur Sozialen Taxonomie in einem ersten Schritt nicht länger als „nicht nachhaltig“ eingestuft werden sollen.

Um langfristig Finanzierungsprobleme von Herstellern zu vermeiden, bedarf es jedoch weiterer Maßnahmen. Der Landtag fordert daher die Landesregierung auf, sich auf allen Ebenen – in Ministerkonferenzen, Ministerpräsidentenkonferenzen, gegenüber der Bundesregierung und auf europäischer Ebene – dafür einzusetzen, im Zuge der geplanten Erweiterung der Taxonomie um Sozial- und Governance-Kriterien die Verteidigungsindustrie in die EU-Sozialtaxonomie aufzunehmen, da sie einen wichtigen Beitrag zur nachhaltigen Sicherung von Frieden und Sicherheit leistet. Darüber hinaus soll die Sicherheits- und Verteidigungsindustrie Zugang zu anderweitigen Finanzquellen erhalten, zum Beispiel bei der Europäischen Entwicklungsbank (EIB) oder der KfW.

Christopher Vogt
und Fraktion